

## Presseerklärung

Stuttgart, den 23.03.2020

### **Für konsequenten und umfassenden Gesundheitsschutz – Schluss mit der Heuchelei der schwarz-grünen Landesregierung**

Seit dem Wochenende gilt auch in Baden-Württemberg ein „Kontaktverbot“. Man muss von umfassenden Notstandsmaßnahmen sprechen, die weitgehend wichtige demokratische Rechte und Freiheiten angreifen alles unter dem Deckmantel der Bekämpfung der „Corona-Krise“.

Schutzmaßnahmen zur Durchbrechung der Infektionsketten um die weitere Verbreitung des Corona Virus einzudämmen sind unbedingt notwendig. Baden-Württemberg hat aktuell die höchste Zuwachsrate an Neuinfektionen in Deutschland. Gerade deshalb muss man die Politik der Landesregierung als heuchlerische Augenwischerei nicht nur kritisieren, sondern dagegen entschieden protestieren.

So wird in der Corona-Verordnung der Landesregierung vom 22.3.20 unter § 3 verfügt, dass der Aufenthalt im öffentlichen Raum „*nur alleine, mit einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person oder im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstands gestattet*“ ist und außerhalb des öffentlichen Raums Ansammlungen von mehr als fünf Personen verboten sind. Während Winfried Kretschmann den besorgten Landesvater gibt, droht Thomas Strobl mit Geldstrafen bis zu 25.000 Euro und Gefängnisstrafen.

„Ausgenommen von dem Verbot nach den Absätzen 1 und 2 sind Veranstaltungen und sonstige Ansammlungen, wenn dies zur Aufrechterhaltung des Arbeits- und Dienstbetriebs erforderlich ist.“ Auf dieser Grundlage wird in vielen Großbetrieben in Baden-Württemberg (u.a. bei Bosch), einfach weiter produziert mit vielen Beschäftigten in einer Halle, Hand in Hand arbeitend. Das alles meist ohne Desinfektionsmittel, Atemmasken oder anderen Schutzmaßnahmen.

Dazu Julia Scheller, Landesvorsitzende der MLPD Baden-Württemberg: „*Hier zeigt sich wie der Kapitalismus mit seiner Profitlogik wortwörtlich über Leichen geht. In den bürgerlichen Medien werden die Menschen beschimpft, die es bei schönem Wetter in die Parks zieht. Über Konzerne und Monopole, die ihre Arbeiter ungeniert weiter arbeiten lassen, zum Teil trotz diagnostizierten Corona Fällen in den Abteilungen, wird kein Wort verloren. Wo bleiben die Polizeieinsätze in diesen Betrieben um das zu stoppen? Aber auch in anderen Bereichen zeigen sich die zweierlei Maß mit denen die Landesregierung hier misst: Wo bleiben zum Beispiel sofortige Schutzmaßnahmen in den Flüchtlingsunterkünften und für arme Familien, die in beengtesten Verhältnissen leben? Gesundheitspolitisch kann die Landesregierung ihre Hände auch nicht in Unschuld waschen. Schon 2015 arbeiteten 60% der Krankenhäuser in der BRD in roten Zahlen. Sie wurden durch die von der Schröder-Fischer-Regierung eingeführte Bezahlung nach Fallpauschalen statt nach*

**MLPD**  
Member of ICOR

Landesbüro  
Baden-Württemberg

Bruckwiesenweg 10  
70327 Stuttgart

**TELEFON**  
0711- 23 58 66

**TELEFAX**  
0711 336 32 871

**E-MAIL**  
bawue@mlpd.de

**WEB**  
www.mlpd.de

*tatsächlichen Kosten in die Unterfinanzierung gedrückt. Mit dem von der Landesregierung 2015 beschlossenen Krankenhausstrukturgesetz II wurde eine weitere Stufe der Zentralisierung und Kommerzialisierung durchgedrückt. Personal fehlt an allen Ecken und Enden. Von einer flächendeckenden umfassenden Gesundheitsversorgung kann also keine Rede sein.“*

Mit Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung ist man verloren. Die MLPD setzt auf die Solidarität unter und in der Bevölkerung, unterstützt aktiv die Selbstorganisation der Menschen und betreibt selbst Aufklärungsarbeit für verantwortungsvolles Verhalten.